

3. Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Lateinamerika

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts fand dieser Schrei in Lateinamerika erneut starken Widerhall in der Politik. Nachdem sich noch am Ende des 20. Jahrhunderts in der Region die Ansicht einer weitgehenden Alternativlosigkeit zu Marktöffnung und liberaler Demokratie breit machte, in dessen Kontext auch in Lateinamerika die Revolution an Anziehungskraft zu verlieren schien, sollte sich dies erstaunlich schnell ändern. Der Beginn des 21. Jahrhunderts brachte Lateinamerika eine vielbeachtete politische Veränderung. Die Linkswende oder «rosarote Welle» schwappte über den Subkontinent und brachte eine Reihe von linksgerichteten politischen Kräften bzw. Mitte-Links-Koalitionen in Regierungsverantwortung. Diese setzten die «soziale Frage» erneut prominent auf die Regierungsagenda und gaben sich zum Teil ganz selbstbewusst einen revolutionären Anstrich. Venezuela war dabei gleichzeitig der Ausgangspunkt und Fixstern der Linkswende. Der Sieg von Hugo Chávez Frías bei den venezolanischen Präsidentschaftswahlen vom 6. Dezember 1998 war der Beginn des Endes einer Epoche neoliberaler Hegemonie in Lateinamerika und schon bald setzte der schillernde und charismatische Präsident die Segel für eine deutliche politische Richtungsänderung. Rückenwind erhielten er und seine linksgerichteten Amtskollegen auf den Präsidentensesseln der Region ab ca. 2002/2003 von einem deutlichen Anstieg der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt. Doch schon vorher gab Chávez die Route vor: Mit der Ausrufung der Bolivarischen Revolution schlug er bereits zu Beginn seiner Präsidentschaft im Jahr 1999 ein neues Kapitel in der wechselvollen Revolutionsgeschichte Lateinamerikas auf.

Die Avantgarderolle Venezuelas war durchaus überraschend: Denn das Land verfügt keinesfalls über eine ausgeprägte Tradition starker linker politischer Kräfte. Dennoch brachte die Bevölkerung des ölreichen Karibikstaates am 6. Dezember 1998 die politische Ordnung Lateinamerikas kräftig ins Wanken. An den Wahlurnen schenkten sie mehrheitlich Hugo Chávez Frías das Vertrauen und hieften damit einen politischen *outsider* ins Präsidentenamt und schon bald sprach ganz Lateinamerika – teils begeistert, teils erschrocken – von der Bolivarischen Revolution. Erneut verbreitete das Wort der Revolution seinen Klang in der Region, entsprechende Devotionalien wurden aus der

Mottenkiste geholt oder – zeitgemäß neugestylt – unter die Leute gebracht und gesellschaftliche Transformationsprozesse standen wieder auf der politischen Tagesordnung. Spätestens seitdem der venezolanischen Präsident Hugo Chávez im Jahr 2005 den Aufbau des «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» zum Ziel seiner Politik erklärte, war klar: Lateinamerika erlebte eine politische Zäsur und stand wieder einmal im Zeichen der Revolution.

Die wachsende Aufmerksamkeit für die Bolivarische Revolution in Venezuela lag auch daran, dass der Wahlsieg von Chávez im Jahr 1998 wie ein Fanal für die von den Diktaturen und der anschließenden neo-liberalen Phase zerrupfte lateinamerikanische Linke wirkte. Venezuela wurde zum Vorreiter einer regionalen politischen Neuausrichtung. Dabei gilt es jedoch zu beachten, dass die Linkswende keineswegs die gesamte Region erfasste, schließlich wurden etwa Mexiko, Kolumbien oder Guatemala weiterhin von konservativen politischen Kräften regiert. Zudem blieben die konservativen Kräfte auch in den links regierten Ländern ein mächtiger politischer Faktor. Letzteres stellte sich besonders deutlich in Argentinien und Brasilien unter Beweis. Als die Linksregierungen ab ca. 2014 in die Krise gerieten, kam es schnell zu einer politischen Wachablösung und die Regierungen der konservativen Präsidenten Mauricio Macri in Argentinien und Michel Temer in Brasilien nahmen tiefe Einschnitte vor und drängten die linksgerichteten Kräfte in die Defensive. In Brasilien wurde die linksgerichtete Präsidentin Dilma Rousseff mit einem kalten Putsch aus dem Amt befördert und ihr charismatischer Vorgänger Lula da Silva unter Korruptionsvorwürfen ins Gefängnis gesteckt. Ende Oktober 2018 zeigten sich dann ganz deutlich die Beharrungskräfte der politischen Rechten und die geringe Verankerung progressiver Ideen in der brasilianischen Gesellschaft. Mit Jair Messias Bolsonaro gewann ein noch vor kurzem vollkommen unbekannter rechtsradikaler Hinterbänkler die Präsidentschaftswahlen. Er siegte mit seinem Hass auf Linke, der Verachtung für Frauen, Schwarze, Indigene und Homosexuelle, der Glorifizierung der Militärdiktatur und der Suche nach einfachen autoritären Lösungen für komplexe Sicherheitsprobleme sowie dank der Unterstützung der Großgrundbesitzer, der Evangelikalen und Teilen der Wirtschaftselite bei den Präsidentschaftswahlen.

Und dennoch: In Lateinamerika begann ab 1999 eine Phase, in deren Kontext in den meisten Ländern der Region eine politische Richtungsverschiebung stattfand und linksgerichtete Parteien und Bewegungen